



Aufruf

Die Folgen der jüngsten Finanzmarkt- und -Weltwirtschaftskrise, aber auch des Klimawandels sind weltweit sehr ungleich verteilt. Während die reichen Industrienationen hohe Milliardenbeträge aufwenden konnten, um Banken zu retten und die Krisenfolgen aufzufangen, haben arme Staaten diese Möglichkeit nicht. Hier leiden gerade die ärmsten Menschen unter den Krisenfolgen. Noch heute sind die Finanzmärkte gekennzeichnet und weiter gefährdet durch den zunehmend schnellen, computergestützten und spekulativen Kurzfristhandel, der langfristig Trends verstärkt, die die wichtigsten Preise, z.B. von Nahrungsmitteln und Rohstoffen, destabilisieren.

Auch wenn vor allem in den Schwellenländern die Konjunktur wieder anzieht, bedeuten die Folgen der Wirtschaftskrise einen deutlichen Rückschlag für die Armutsbekämpfung und die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Gleichzeitig stellt der Klimawandel auch in Zukunft ein erhebliches Risiko für die Situation der Armen dar. Hohe Summen in der Entwicklungs- und Klimafinanzierung werden notwendig sein, um bereits Erreichtes auf dem Gebiet von Armutsbekämpfung, Entwicklung und der Vorsorge gegen die Auswirkungen des Klimawandels nicht zu gefährden und die Armut nachhaltig zu bekämpfen.

Die angespannte Haushaltslage nach der Wirtschafts- und Eurokrise bedeutet jedoch eine zusätzliche Gefahr für die Entwicklungs- und Klimafinanzierung. 40 Jahre nach dem Versprechen der Staaten, 0,7 % ihres Bruttonationaleinkommens für Armutsbekämpfung und Entwicklungsförderung zur Verfügung zu stellen, liegt diese Quote in vielen Staaten nicht nur weit unter dem versprochenen Niveau, sondern sinkt sogar weiter. In Deutschland lag die Quote 2009 gerade mal bei 0,35 %. Die vor zehn Jahren erreichte Entschuldung armer Staaten wird durch neue Schulden gefährdet, z.B. durch erhöhten Kreditbedarf im Zuge der Finanzmarktkrise oder aufgrund höherer Importrechnungen für Öl und Nahrungsmittel, deren Preise unter anderem durch spekulativen Handel wieder rasch anziehen.

Kirchliche Organisationen weltweit, heute repräsentiert durch den Präsidenten von Caritas internationalis, Kardinal Oscar Rodriguez, sowie die unterzeichnenden kirchlichen Mitgliedsorganisationen der Kampagne „Steuer gegen Armut“ fordern die Bundesregierung auf, weiterhin auf europäischer Ebene für die Einführung und Umsetzung einer Finanztransaktionssteuer einzutreten, auch wenn sich hierfür innerhalb der G-20 kein einheitlicher Beschluss finden lässt. Eine Finanztransaktionssteuer verbindet in einzigartiger Weise zwei entscheidende Vorteile: Sie kann dazu beitragen, exzessive und schädliche Spekulationen auf den Weltmärkten einzudämmen, indem sie sie verteuert. Gleichzeitig können mit ihr Milliarden Euro eingenommen werden, mit denen die Staaten der Welt einer Realisierung des 0,7 %-Ziels ebenso näher kämen, wie der Erfüllung ihrer internationalen Verpflichtungen im Bereich der Klimafinanzierung.

Entsprechend fordern wir den Bundestag auf, dass Einnahmen aus dieser Steuer für die Armutsbekämpfung und damit die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele sowie zur Finanzierung der Folgen des Klimawandels verwendet werden und die internationalen Verpflichtungen zum Erreichen des 0,7-Prozentziels sowie der Beteiligung an der Finanzierung von Klimawandelkosten in Entwicklungsländern eingehalten werden.

Prof. Dr. Johannes Müller SJ
Institutsleiter
Institut für Gesellschaftspolitik,
Hochschule für Philosophie

Prälat Klaus Vähröder SJ
Missionsprokurator
Jesuitenmission

Birgit Zenker
Vorsitzende
Katholische Arbeitnehmerbewegung

Prof. Dr. Josef Sayer
Hauptgeschäftsführer
Misereor

P. Eric Englert o.s.a.
Präsident
Missio München

Prälat Dr. Klaus Krämer
Präsident
Missio Aachen

Wolfgang Schonecke
Leiter
Netzwerk Afrika
Deutschland

Prof. Dr. Bernhard Emunds
Institutsleiter
Nell-Breuning Institut,
Hochschule Sankt Georgen

Norbert Steiner
Geschäftsführer
Weltnotwerk der KAB

Martina Schaub
Geschäftsführerin
Südwind - Institut

P. Bernd Klaschka
Geschäftsführer
Adveniat

Cornelia Füllkrug-Weitzel
Direktorin
„Brot für die Welt“

Gertrud Casel
Geschäftsführerin
Deutsche Kommission
JUSTITIA ET PAX

**Prälat
Dr. Peter Neher**
Präsident Deutscher
Caritasverband

+ Oscar Aland Rodriguez, S.O.

**Kardinal Oscar
Rodriguez Maradiaga**
Internationaler Präsident
der Caritas